

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Geiseln in französischer Botschaft?

Beirut - Der libanesische Schiitenführer Berri hat mit dem französischen Diplomaten L'Angel in Beirut die Möglichkeit einer Verlegung der 39 amerikanischen Geiseln in die französische Botschaft erörtert. Berri hatte die Verlegung in eine westliche Botschaft in Beirut oder Damaskus unter der Bedingung vorgeschlagen, dass die Geiseln erst nach der Freilassung der 735 Libanesen aus israelischer Haft auf freien Fuss gesetzt werden.

### Flüge nach Südafrika gestrichen

Kopenhagen - Aus Protest gegen die südafrikanische Rassentrennungspolitik haben Schweden, Norwegen und Dänemark die Aufkündigung ihrer Luftverkehrsabkommen mit Südafrika angekündigt. In den Hauptstädten der drei Länder wurde ferner mitgeteilt, dass die gemeinsam betriebene Fluggesellschaft SAS ihre Flüge nach Südafrika innerhalb von sechs Monaten einstellen werde.

### Erstmals Parlamentswahlen

Harare - In Simbabwe haben die ersten Parlamentswahlen seit Entlassung des Staates in die Unabhängigkeit vor fünf Jahren begonnen. Am Donnerstag wählte nur die weisse Bevölkerung ihre 20 Abgeordneten. Die Wahl der 80 schwarzen Parlamentarier findet am 1. und 2. Juli statt.

### SPD-Kritik an Bundesregierung

Bonn - In einer europapolitischen Debatte des Bundestages hat die SPD-Opposition die Politik der Bundesregierung heftig kritisiert. Der Regierung wurde vor allem vorgeworfen, mit ihrem Veto gegen die Senkung der Getreidepreise einen Schlag gegen die europäische Einigung geführt zu haben.

## Golfkrieg

### Iran meldet Vorstoss in Howeisah-Sümpfen

Nikosia (AP) Bei einem Vorstoss iranischer Truppen in die Howeisah-Sümpfe im Süden Iraks sind nach einer Meldung der iranischen Nachrichtenagentur IRNA vom Donnerstag mehr als 100 irakische Soldaten gefallen. Der Angriff habe bereits am Dienstag abend stattgefunden, sei aber erst jetzt vom Militärkommando bekanntgegeben worden.

Mit der Operation, bei der auch 15 Boote des Gegners versenkt worden seien, hätten die iranischen Streitkräfte irakische Pläne für einen Gegenangriff erfolgreich durchkreuzt. Die Iraner haben seit Beginn ihrer Howeisah-Offensive am 14. Juni nach eigenen Angaben ein 150 Quadratkilometer grosses Gebiet erobert.

## Umfrage

### Israelische Juden immer weniger zu Konzessionen bereit

Tel Aviv (AP) Die Bereitschaft der israelischen Juden, für einen Frieden mit den Arabern einen Teil der 1967 besetzten Gebiete zu räumen, ist im letzten halben Jahr deutlich gesunken. Nach einer am Donnerstag von der Zeitung «Maariv» veröffentlichten Umfrage stieg der Anteil der Juden Israels, die keinen Quadratmeter des eroberten Westjordanlands aufgeben wollen, seit Dezember von 43,1 auf 48,9 Prozent. Die Zahl der Befürworter einer vollständigen Räumung des Westjordanlands sank von 18,8 auf 14,0 Prozent. Für ein Teiltrümmern treten heute 32,5 Prozent ein. Im Dezember waren es noch 35,2 Prozent gewesen.

## Die Bevölkerung hat Anspruch auf Schutz

Konferenz der Zivilschutzverbände der neutralen Staaten Europas in Schaan

Kriege sind immer grausam, fordern immer viele Menschenopfer, aber durch entsprechende Zivilschutzbauten kann das Ausmass der Opfer begrenzt werden. Diese Auffassung vertrat Fürsprecher Hans Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz in Bern, an der Konferenz der Zivilschutzverbände der neutralen Staaten Europas, die gestern in unserem Lande abgehalten wurde. Er forderte dazu auf, nicht nur Geld in die Entwicklung neuer Waffensysteme zu stecken, sondern auch zum Schutz der zivilen Bevölkerung.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch den Präsidenten des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, Prof. Dr. Reinhold Wehrle, informierte der Leiter des Zivilschutzamtes unseres Landes, Franz Tschugmell, die Zivilschutzvertreter aus der Schweiz, Österreich und Finnland über die Bestrebungen Liechtensteins zum Schutz der Zivilbevölkerung. Dabei wies er einleitend darauf hin, dass 1962 die Stimmbürger ein Zivilschutzgesetz abgelehnt hätten und meinte mit bezug auf heute, er glaube nicht daran, dass eine derartige Vorlage im Moment beim Stimmbürger eine Chance hätte.

Trotz dieser ablehnenden Haltung einer eigentlichen Zivilschutzgesetzgebung gegenüber wurde 1971 eine Dienststelle eingerichtet und zum Amt für Zivilschutz und Landesversorgung ausgebaut, das nicht nur für den Zivilschutz, sondern auch für den Kulturgüter- und den Katastrophenschutz verantwortlich sei. Heute stehen nach seinen Angaben über achttausend Schutzplätze zur Verfügung, was etwa für 30 Prozent unserer Bevölkerung ausreicht. Der überwiegende Teil der Schutzplätze wurde vom Land (57 Prozent) eingerichtet, gefolgt von den Gemeinden (39 Prozent), während in Privatbauten nur 4 Prozent vorhanden sind. Nach seinen Worten sind diese Zivilschutzbauten unregelmässig über das Land verteilt, aber keine stehe am falschen Ort. Bis zum Jahr 2000 müssten noch über 20 000 Schutzplätze eingerichtet werden, um beispielsweise das angestrebte Ziel - für jeden Bürger einen Schutzplatz - zu erreichen.



Die Bevölkerung hat Anspruch auf einen Schutz vor kriegerischen Ereignissen. Diese Auffassung vertrat Fürsprecher Hans Mumenthaler (links) an der Tagung der Zivilschutzverbände der neutralen Staaten Europas, die gestern in Schaan abgehalten wurde. In der Mitte Tagungspräsident Prof. Reinhold Wehrle. Rechts der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Franz Tschugmell, der die Konferenz für seine Kollegen aus Österreich, Finnland und der Schweiz organisiert hatte.

In seinen weiteren Ausführungen ging Tschugmell auf einige Besonderheiten unseres Landes ein, wie das Fehlen einer militärischen Struktur, die in anderen Staaten bei Katastrophenfällen ausgenutzt werden könne. Als Erschwernis bezeichnete er auch die Kleinheit des Landes: Zum Aufbau und im Ernstfall würden dadurch relativ wenige Leute zur Verfügung stehen.

Zusammenfassend erklärte der Leiter des Amtes für Zivilschutz, seit 1971 seien einige Erfolge erzielt worden, was sich in den gebauten Schutzplätzen manifestiere. Allerdings gehe es etwas langsam voran: Die Aufgaben seien zwar erkannt, könnten aber nicht immer sogleich realisiert werden.

### Schutz der Bevölkerung

In seinem Referat «Kann die Bevölkerung in einem modernen Krieg geschützt werden?» ging Fürsprecher Hans Mumenthaler zuerst auf die Frage der Bedrohung in der heutigen Welt ein. Er bemerkte dazu, dass auch neutrale Staaten eine ständige Verteidigungsbereitschaft aufrechterhalten müssten, um nicht ein Vakuum entstehen zu lassen.

Der Schutz der Zivilbevölkerung sei in dieser Hinsicht auch ein Teil der Verteidigungsbereitschaft. Den verschiedenen Strömungen, die sich gegen den Zivilschutz aussprechen würden, hielt Mumenthaler ein Umfrageergebnis gegenüber, aus dem geschlossen werden kann, dass ein grosser Teil der Bevölkerung in der Schweiz nicht am Sinn der Verteidigung zweifelt. Anhand konkreter Kriegsbilder zeigte er auf, dass bei Vorhandensein von Schutzräumen die Zahl der Opfer sicher tiefer liege als ohne entsprechende Bauten. Ein Schutz sei auch gewährleistet bei einem allfälligen Einsatz atomarer Waffen, da der Feind ja kaum die Bestrebung habe, ein verwüstetes oder unbrauchbares Gebiet für sich zu erobern.

Wer sich nicht schütze, meinte Mumenthaler zusammenfassend, mache sich strafbar. Es sei von einem Staat verantwortungslos, keine Schutzmassnahmen zu treffen. Ebenso sei es verantwortungslos, Geld nur in die Entwicklung moderner und neuer Waffensysteme zu stecken: Auch die Bevölkerung habe Anspruch darauf, dass zu ihrem Schutz etwas getan werde. (G. M.)

## Planung eines eigenen Landtagsgebäudes

Suche nach einem geeigneten Standort - Brief der Regierung an die Gemeinde Vaduz

Im Mittelpunkt der Vaduzer Gemeinderatssitzung vom 12. Juni 1985 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Arthur Konrad stand die Diskussion über ein Schreiben der Fürstlichen Regierung, die die Gemeinde Vaduz angefragt hat, ob es ihr möglich sei, ein Grundstück für ein neues Landtagsgebäude in der Residenz

zur Verfügung zu stellen. Der Landtag hat den Wunsch geäussert, die Planung eines eigenen Landtagsgebäudes zu prüfen. Gedacht ist ein Standort auf oder in der Nähe des Parkhauses Marktplatz, aber auch ein Standort in der Umgebungsschutzzone Regierungsviertel vom Land in Betracht gezogen.

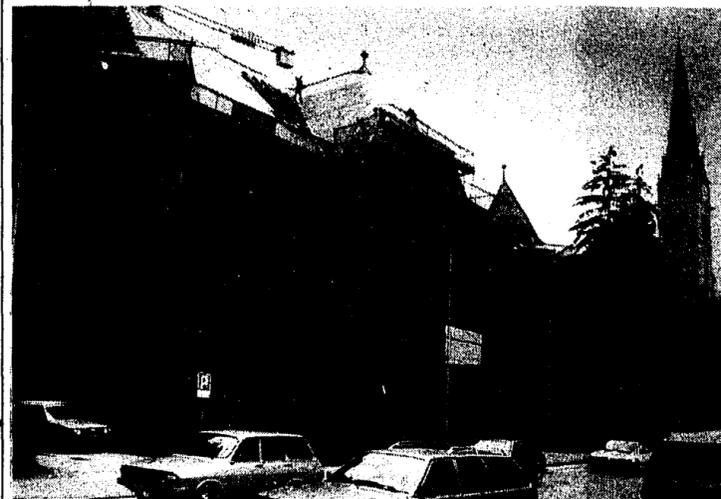
Das Land beabsichtigt - so geht aus dem Beschlussprotokoll des Vaduzer Gemeinderates hervor, die Festlegung eines Standortes für das Landtagsgebäude aufgrund eines Ideenwettbewerbes erfolgen zu lassen. In einer zweiten Planungsphase sei ein Architekturwettbewerb vorgesehen.

Der Gemeinderat ist nach wie vor daran interessiert, das Obergeschoss des Parkhauses Marktplatz als Platz zu erhalten. Eine Überbauung des Parkhauses Marktplatz ist nicht erwünscht. Der Gemeinderat hat jedoch ein Interesse daran, dass eine ansprechende und repräsentative Randbebauung erfolgt.

### Ideenwettbewerb mit Gemeinde zusammen

Betreffend Standort in der Umgebungsschutzzone Regierungsviertel weist der Gemeinderat auf die am 28. November 1984 genehmigten Richtlinien für diese Spezialzone hin, welche zur Genehmigung an die Regierung weitergeleitet worden sind.

Er ist der Auffassung, dass diese Richtlinien die Grundlage für Bauprojekte in dieser Schutzzone bilden und vor der Durchführung eines Ideenwettbewerbes in Kraft zu setzen sind. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat sehr daran interessiert, dass die Durchführung eines Ideenwettbewerbes in Zusammenarbeit mit der Gemeinde erfolgt. In den Ideenwettbewerb sollen auch Standorte im Bereich des Parkhauses Marktplatz einbezogen werden.



Hier im Regierungsgebäude, das derzeit einer Renovation unterzogen wird, ist der Landtag untergebracht. Aufgrund der dort herrschenden beengten Raumverhältnisse hat der Landtag den Wunsch geäussert, die Planung eines eigenen Landtagsgebäudes zu prüfen. Gedacht ist an einen Standort auf oder in der Nähe des Parkhauses Marktplatz, aber auch ein Standort in der Umgebungsschutzzone Regierungsviertel wird vom Landtag in Betracht gezogen. (Bild: sb)

## FBP

### Frauen in der FBP

Besuch der Bregenzer Festspiele

Mit der Aufführung der «Zauberflöte» auf der Bregenzer Seebühne steht diesen Sommer für die «Daheimgebliebenen» ein besonderer Leckerbissen auf dem Programm.

Die FRAUEN IN DER FBP laden hiermit herzlich zu einem gemeinsamen Besuch der Vorführung vom Samstag, 3. August 1985, ein. Dabei werden wir von einer auch musisch fachkundigen Leitung betraut. Ebenfalls werden wir in Bregenz vor der Aufführung von politischen Freunden erwartet, damit wir bei dieser Gelegenheit auch Näheres über die Stadt Bregenz und ihre Festspiele erfahren, vor allem bei kurzfristiger Schlechtwetter-Umdispensierung.

Der Andrang auf die Karten ist dieses Jahr besonders gross. Wir bitten deshalb um umgehende Anmeldung, weil die Kartenzahl beschränkt ist. Besonders begrüssen wir auch Alleinstehende, die gerne diese Aufführung in einer Gemeinschaft besuchen wollen. Nähere Informationen über das FBP-Sekretariat, Telefon 2 53 95.

## Parlamentswahlen in Simbabwe begannen

Harare (AP) In Simbabwe haben am Donnerstag die ersten Parlamentswahlen seit Eintritt der ehemaligen britischen Kolonie in die Unabhängigkeit vor fünf Jahren begonnen. Am ersten der insgesamt drei Wahltage hatten die rund 35.000 weissen Wahlberechtigten - voraussichtlich zum letzten Mal - die Gelegenheit, die 20 Mandate zu vergeben, die gemäss Verfassung der weissen Minderheit vorbehalten sind. Die 2,9 Millionen schwarzen Wahlberechtigten sind am 1. und 2. Juli aufgerufen, die 80 Abgeordneten ihrer Hautfarbe zu bestimmen.

Zu der Gruppe der weissen Wähler wurden auch die Asiaten und Farbigen gerechnet. Sie haben die Wahl zwischen Kandidaten der Konservativen Allianz des einstigen Ministerpräsidenten Ian Smith und unabhängigen Bewerbern unter der Führung von Bill Irvine, die sich von der Allianz abgespalten und ihre Bereitschaft bekundet haben, mit der schwarzen Regierung Robert Mugabes zusammenzuarbeiten. Die Verfassungsbestimmung, die den 100 000 Weissen unter den acht Millionen Einwohnern Simbawes ein Fünftel der Parlamentssitze garantiert, gilt nur bis zum Jahre 1990.

## «Krönungsmesse» mit Karajan im Petersdom

Vatikanstadt (AP) Die Wiener Philharmoniker und ihr Chor werden am Samstag gemeinsam mit dem Chor der Sixtinischen Kapelle unter der Leitung von Herbert von Karajan im Petersdom Mozarts Krönungsmesse aufführen. Papst Johannes Paul II. wird aus Anlass des Feiertages Peter und Paul eine Messe lesen. Von Karajan bereitet sich bereits seit Dienstag in Rom auf seinen ersten Auftritt beim Vatikan vor, bei dem unter anderem auch die Sopranistin Trudeliese Schmidt und der schwedische Tenor Gösta Winberg ihr Können zeigen werden.

Die rund 10 000 Eintrittskarten für das geistlich-künstlerische Ereignis wurden nur an geladene Gäste vergeben. Nach Angaben aus vatikanischen Kreisen traf eine Fülle von Anfragen nach Karten selbst aus Japan, Lateinamerika und den USA ein, die jedoch alle abschlägig beschieden werden mussten.